



Smartphones verbieten und gleichzeitig Tablets einführen: der Digitalisierungskurs der Schulen ist widersprüchlich.
Bild: Freepick

Die Schulen stecken in der Digitalisierungsfalle

Der Lehrplan 21 schrieb es vor: ICT (Informations- und Kommunikationstechnologien) sollten ab 2015/2016 obligatorisch an den Primarschulen eingeführt werden. Die Kantonsparlamente verabschiedeten daraufhin Millionenbudgets für die Digitalisierung der Schule – wohl ahnend, dass dies der Institution Schule schadet.

Inzwischen haben die Bildungsverwaltungen ihre ICT-Dampfer auf Kurs gebracht und während der Corona-Pandemie richtig Fahrt aufgenommen. Wenn der Kurs solcher Bildungsfrachter einmal festgelegt ist, lassen sie sich kaum mehr wenden. Vor ein paar Wochen kündigte die Berner Bildungsdirektion an, weitere 22

Millionen Franken in die Schulinformatik zu investieren: Ab der 3. Klasse soll jedes Kind ein eigenes Gerät erhalten, damit es nicht mehr mit einem Mitschüler teilen muss. Noch mehr Isolation, noch mehr Einzelbeschäftigung mit einem seelenlosen Gerät.

Es geht längst nicht mehr darum, Lehrern den Alltag zu erleichtern, indem man das alte Lehrerbuch durch einen Computer ersetzt oder die klassische Rundtelefonliste durch einen Schul-Messenger. Nein, auch die Schüler müssen auf Kurs gebracht werden: Sie sollen Rechnungsaufgaben auf Tablets lösen, ihre Turnübungen filmen und die Dateien dem Lehrer *Fortsetzung auf Seite 2*

Mit Mut vorwärts!

Es ist mir eine grosse Freude, euch die zweite Ausgabe unserer Vereinszeitschrift «fokus» präsentieren zu dürfen. Wir schreiten auch in diesem Jahr mutig voran, denn viele Entwicklungen im Bildungsbereich machen uns Mut, dass wieder vermehrt Vernunft einkehrt. Das Lehrernetzwerk Schweiz versteht sich seit seiner Gründung als eine solche Stimme der Vernunft. Wir scheuen uns nicht, mutig auszusprechen, was viele denken. Wir scheuen uns nicht, Dinge zu kritisieren, die der Zeitgeist fordert, die aber der Vernunft und der Wahrheit widersprechen. Und bei all unserem Denken und Handeln fühlen wir uns stets dem Kindeswohl verpflichtet.

Wir legen unsere Finger auf wunde Punkte, zeigen aber auch Lösungen auf. Unser Netzwerk sieht es als Aufgabe, bereitwillige Menschen zu befähigen und freizusetzen: Wir bieten Weiterbildungen und Kurse an. Wir ermutigen Menschen ins Handeln zu kommen. Denn viele Fehlentwicklungen sind nur möglich, weil die grosse Mehrheit sich fälschlicher- und fatalerweise (zu) ruhig verhält. Hier geben wir Gegensteuer.

Wir dienen also mit Mut, und handeln deshalb im wahren Wortsinn mit der nötigen Demut. Aber ohne Scheu. Denn wir sind überzeugt, dass sich das Wahrhaftige und Gute, das Menschliche auch, am Ende durchsetzen wird – gerade in unserer Bildungslandschaft. Das sind wir unseren Kindern schuldig. In diesem Sinn danke ich von Herzen für eure Treue, euer Wohlwollen, euer Mittragen und euren Mut. Und wünsche frohe und gesegnete Ostern!

*Jérôme Schwyzer,
Präsident LNCH*



übermitteln – anstatt sie in der Turnstunde vorzuführen. Ob das sinnvoll ist oder nicht, wird in den behördlichen Strategiepapieren zur Digitalisierung der Volksschule nicht erörtert. Man will ja zur «Schule der Zukunft» gehören.

Tragweite nicht erkannt

Die Lehrer-Schüler-Beziehung bleibt die unverzichtbare Grundlage für gute Zukunftsperspektiven der Schülerinnen und Schüler. Doch genau diese Bildungssäule wird durch die Digitalisierung untergraben. In Ländern wie Schweden oder Dänemark, die diesen papierlosen Kurs eingeschlagen haben, ist deshalb eine Kurskorrektur eingeleitet worden.

In der Schweiz ist aber die Tragweite der Digitalisierungseuphorie – die Entfremdung zwischen Lehrern und Schülern, der Abbau familiärer Beziehungen mit schwerwiegenden Folgen für die Sprachkompetenz – vielen noch gar nicht bewusst. Stattdessen fordert man lediglich ein Verbot von TikTok oder eine Reduzierung der Handynutzung, während die Kinder im Unterricht vor noch grössere Bildschirme gesetzt werden.

Dabei ist unter Pädagogen unbestritten: Ein Primarschüler lernt nachhaltiger, wenn er mit dem Revierförster über den Feldhasen spricht und seinen Vortrag handschriftlich vorbereitet, als wenn er eine Internetrecherche per Copy-Paste zusammenstellt und mit PowerPoint präsentiert.

Unwohlsein vieler Lehrer

Wohl ist es vielen Primarlehrerinnen und Primarlehrern nicht. Sie versichern in den Medien, für einen «vernünftigen Umgang» mit ICT zu sorgen, während sie von Lehrmittelverlagen und Verwaltungen dazu gedrängt werden, die Kinder mit digitalen Aufgaben zu versorgen – aus teuren Lehrmitteln, an denen die Verlage sich satt verdienen.

An eine Kurskorrektur ist derzeit kaum zu denken. Statt einer ausgewogenen Digitalisierung treibt man die Schulen weiter in die Abhängigkeit von digitalen Systemen und ihrer Lehrmittelverlage. Wäre es nicht sinnvoller, den Fokus der Primarschule auf grundlegende Fähigkeiten wie Handschrift, Sprache und persönliche Interaktion zu legen? Statt Kinder frühzeitig an

Bildschirme zu binden, sollten wir ihnen im jungen Alter die Möglichkeit geben, im zwi-

Die Lehrer-Schüler-Beziehung bleibt die unverzichtbare Grundlage für erfolgreiche Zukunftsperspektiven der Schülerinnen und Schüler.

schenmenschlichen Austausch zu lernen.

Berufsvorbereitung

Natürlich müssen Schüler auf die digitale Berufswelt vorbereitet werden – doch das muss nicht in der Primarschule geschehen. Die Sekundarstufe wäre der richtige Ort, um gezielt digitale Kompetenzen zu vermitteln, wenn Schüler alt genug sind, Technik reflektiert einzusetzen. Anstatt Erstklässler ans Tippen zu gewöhnen, sollten wir ihnen Zeit geben, grundlegende Kulturtechniken zu festigen. Andere Länder haben längst erkannt, dass eine unkritische Digitalisierung die Bildungsqualität gefährden kann. In Schweden beispielsweise wird wieder stärker auf gedruckte Lehrmittel gesetzt, um die Lesekompetenz zu verbessern. Wir sollten eine ernsthafte Debatte führen, bevor wir weiter in eine technisierte Schulwelt steuern, die mehr Kosten als Nutzen bringt.

Das Lehrernetzwerk Schweiz unterstützt darum Digitalisierungs-Stopp-Initiativen, wie sie im Kanton Luzern für kommenden Herbst angedacht sind. In unserem **Positionspapier** sprechen wir uns für einen behutsamen und massvollen Umgang mit der Digitalisierung mit Fokus auf die Berufswelt aus. (dw)



Rasante digitale Entwicklungen

Hardware

- iPhone seit 2007
- iPad seit 2010
- Apple Watch seit 2014
- Facebook auf Deutsch seit 2008

Social Media

- Instagram seit 2010
- TikTok seit 2018
- «Share-Button» seit 2007
- «Like-Button» seit 2009
- Emoji seit 2010 Teil des Unicode-Standards, Emojipedia seit 2013

Unterhaltung

- Youtube seit 2005
- Spotify seit 2012 in D, seit 2013 in CH
- Netflix seit 2014 in D und CH (1997 in USA)

Kommunikation

- WhatsApp seit 2009

Künstliche Intelligenz

- GPT-1 seit 2018
- Boom seit 2023

Corona 2020-2023

- Eltern zuhause im Home Office am Computer
- Distance Learning via PC / Laptop / Tablet
- Boom für Streaming
- Filmen und Serien

Digitale Schule fördert Angst und Depression unserer Kinder

Von Margarita Louis-Dreyfus,
Unternehmerin

Jonathan Haidts Buch «Generation Angst» ist eines der wichtigsten Bücher unserer Zeit. Seine klaren, überzeugenden und fundierten Ausführungen dazu, wie die digitale Sucht unseren Kindern schadet, hat eine weltweite Diskussion darüber angestossen, wie wir Kinder und Jugendliche vor digitalen Schäden schützen können.

Das Buch zeichnet ein alarmierendes Bild: Die Zahl der Angstzustände, Depressionen und Selbstverletzungen bei Kindern nimmt zu, gepaart mit abnehmenden akademischen und sozialen Fähigkeiten.

ten. Das Ergebnis sind junge Menschen, die nicht in der Lage sind, langfristige Beziehungen einzugehen und mit den üblichen Enttäuschungen des Lebens emotional umzugehen. Die weltweite Krise der psychischen Gesundheit von Kindern

Wichtig ist, dass «Generation Angst» kein Buch der Verzweiflung ist, sondern ein Aufruf zum Handeln.

wird immer offensichtlicher. Trotzdem produziert die Tech-Industrie immer mehr Geräte und soziale Medienplattformen mit hohem Suchtpotenzial für immer jüngere Kinder. Neue

Apps, die auf KI basieren, haben einen viel stärkeren Einfluss auf Kinder, als wir uns heute vorstellen können.

In seinem Buch erklärt Haidt auch, wie andere soziale Faktoren in Verbindung mit der rasanten Entwicklung der Suchttechnologie diese Krise bei unserer Jugend ausgelöst haben. So zeigt Haidt zum Beispiel, wie die

Erosion von Spielen in der realen Welt, von Unabhängigkeit und von Interaktionen von Angesicht zu Angesicht kritische Entwicklungsphasen verkümmern lässt, so

dass viele junge Menschen Schwierigkeiten haben, sich im Erwachsenenleben zurechtzufinden. Er beschreibt insbesondere die Folgen als Flutwelle von Angststörungen, Depressionen

und Selbstverletzungen, die Mädchen mehr erfasste als Jungen und am schlimmsten für Mädchen unter 13 Jahren war. Wichtig ist, dass Haidts Buch kein Buch der Verzweiflung ist, sondern ein Aufruf zum Handeln. Haidt schlägt konkrete Lösungen vor, insbesondere für Eltern: Vom Herausögern der Smartphone- und Social-Media-Nutzung bis hin zur Einführung telefonfreier Schulen und der Förderung von unstrukturisiertem, unabhängigem Spiel. Sein Plädoyer für rechtliche und gesetzgeberische Änderungen unterstreicht die dringende Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Intervention.

«Generation Angst» ist eine unverzichtbare Lektüre für jeden, dem das Wohlergehen der nächsten Generation am Herzen liegt. Es fordert uns auf, unser Verhältnis zur Technologie zu überdenken und entschlossen zu handeln, um die Zukunft unserer Kinder zu schützen.



Indikatoren bei Haidt mit Trendwende um das Jahr 2010

- Depressionen bei Teenagern (Leben ist bedeutungslos)
- Teenager mit erwachsenentypischem Verhalten (Sucht, Sex)
- Teenager mit weniger als sieben Stunden Schlaf
- Notaufnahmen wegen Selbstverletzungen
- Depression in Abhängigkeit von Social-Media-Nutzung
- Suizidrate bei jungen Heranwachsenden
- Steigender Anteil Schülerinnen, die mit sich unzufrieden sind
- Gefühl der Einsamkeit bei Schülern
- Keine Perspektive auf erfolgreiches Leben
- Schulentfremdung
- Symptome bei Versagen (ich mache nichts richtig)
- ADHS
- Schwindende Risikofreude
- Selbstberichtete psychische Einschränkungen, Störungen
- Anhaltendes Stress-Gefühl ohne konkrete Belastung

«Die freie Schulwahl ist ein Elternrecht»

Von Daniel Wirz
Lehrer und Erwachsenenbildner

Ich gehe davon aus, dass die freie Schulwahl einen nicht zu unterschätzenden Innovations-schub an unseren Volksschulen auslösen würde.

Nachstehend soll in einigen Punkten deutlich gemacht werden, in welche Richtung eine Erneuerung unserer Schulen gehen könnte.

Mehr Biodiversität

Jede Schule sei ein Unikat, habe ihr unverwechselbares Gesicht. Die Lehrer vor Ort prägen – in Zusammenarbeit mit den Eltern – das Profil ihrer Schule. Sie sind stolz auf sie und vertreten ihre Anliegen bei jeder Gelegenheit mit grosser Begeisterung und Überzeugungskraft. Ähnlich die Eltern: Sie haben sich für diese und keine andere Schule entschieden, wissen ihre Werte und Wege zu schätzen, weil sie ihren eigenen Vorstellungen und Erwartungen nahekommen. Und die Kinder: Sie mögen «ihre» Schule über alles und gehen da ein und aus.

Schule für die Kinder

In den Volksschulen der Schweiz kommt längst mehr als die Hälfte der Drittklässler ohne Hilfestellungen unterschiedlichster Art nicht mehr «über die Runden». Ein ganzes Heer von Therapeuten halten unsere Schulen – einem Koma-Patienten gleich – am Leben. Mit einem enormen Aufwand, der den Steuerzahler eine halbe Milliarde Franken kostet, werden die «schwierigen» Kinder «zurechtgebogen» und machen damit die prägende Erfahrung, dass an

ihnen etwas nicht stimmt. Die Anpassung der Kinder an eine Schule, die der Mehrheit offensichtlich nicht mehr gerecht zu werden vermag, halte ich für fatal, ja absurd. Läge nicht das Umgekehrte näher: Dass sich die Schule den Kindern anpasst, sich an den Bedürfnissen unserer Kinder orientiert.

Eine neue Schulkultur

Schulkultur lässt sich weder verordnen noch organisieren. Sie entsteht da, wo Menschen zusammenkommen, in der Absicht voneinander und miteinander zu lernen. Im Anfang allen Lernens und Lebens steht die Beziehung. Sie allein entscheidet über das Gelingen von Schule. Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die Kinder unterrichten wollen anstatt Fächer; Menschen, die Kinder lieben und nichts anderes mehr mögen, als mit ihnen zu wachsen. So nur entsteht eine neue Schulkultur. Sie steht und fällt mit einer neuen Begegnungskultur. Kinder lechzen danach. Und wenn sie sich in ihrer Schule einmal in diesem Sinne aufgehoben, respektiert und sicher fühlen, kommt das Lernen fast von alleine voran.

Wald statt Papier

Die Bürokratisierung hat in den Schulen mittlerweile skurrile Blüten getrieben. Manche Lehrer tun sich schwer damit, weil der ganze Bürokratismus sie von ihrem Kerngeschäft, der Arbeit mit den Kindern, abhält.

Autonomie statt Diktatur

Was sich im Zusammenhang mit den Pisa-Studien weltweit gezeigt hat: Je schlanker die Lehrpläne, desto besser die Schulen! Der ominöse Lehr-

plan 21 mit seinen rekordverdächtigen 447(!) Seiten hat sich offensichtlich an anderen Kriterien orientiert! Grosse Gestaltungsfreiräume für die Lehrerinnen und Lehrer beflügeln die Phantasie und sensibilisieren für Verantwortung. Die allermeisten Lehrerinnen und Lehrer, die ich kenne, sind begabt und engagiert und wüssten sehr genau, was sie und ihre Schüler für ein gutes Vorankommen bräuchten. Aber vielen geht der Mut ab, es auch dann zu tun, wenn Gegenwind aufkommt. Sei es von Seiten der Eltern, der Bildungspolitik oder Wissenschaft. Ein Riesenpotential liegt damit brach. Wo sich Lehrer nicht entschieden genug hin stellen und begründet das vertreten, was sie für richtig halten, entsteht ein Vakuum. In diesem macht sich als Lückenbüsser Vater Staat breit. Wie könnte es anders sein? Was ich mir darum sehnlichst wünsche: Ein Erwachen auf Seiten der Lehrer und ein mutiges Partei-greifen zugunsten ihrer Schüler.

Elternverantwortung

Dass Eltern die Bildung ihrer Kinder einfach an die Schule, sprich an den Staat delegieren – allenfalls blind vertrauend – ist unwürdig. Sie sind es, die ihre Kinder, ihre eigentlichen Bedürfnisse und ihr Potential am besten kennen. Sie sind es, die sich darüber klar werden müssten, welche Art von Schule ihren Kindern wohl am ehesten entspricht. Ohne Wahlmöglichkeiten wird ihre Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, aber zur Farce.

Überbewertete Schule

Gerade im Zusammenhang mit

dem Thema «Freie Schulwahl» wird nicht selten auf die hohe Qualität unserer Volksschule hingewiesen. Ob diese Einschätzung zutrifft, wage ich zu bezweifeln. Es gibt jedenfalls ernst zu nehmende Indizien, die dagegensprechen. Ich nenne da nur mal deren drei: Zum Ersten: Gemäss PISA liegt die Schweiz im Ländervergleich gerade einmal im Mittelfeld und hat unbestritten Innovationsbedarf. Zum Zweiten: Pestalozzis harsche Kritik an unseren Schulen ist – 200 Jahre danach! – von unveränderter Brisanz. Noch hat die «Wissenschule» das Sagen, mehr denn je vielleicht. Und die «Menschen-

schule»? Sie ist auf der Strecke geblieben. Zum Dritten: Wie neuere Elternbefragungen ergeben haben, sind nicht einmal zehn Prozent der Eltern mit der Schule ihrer Kinder zufrieden. Bei Alternativschulen liegen die Verhältnisse ganz anders. Ich schätze einmal, dass es an die 90 Prozent der Eltern sind, die der Schule ihrer Wahl in hohem Masse vertrauen.

Angebot Tagesschulen

Wo viele Eltern nicht mehr in der Lage sind, ihren Kindern ein verlässliches Zuhause zu bieten, wie sie es bräuchten, ist eine Tagesschule sinnvoll. Diese stillt elementare Bedürfnisse

wie Sicherheit, Geborgenheit und Wärme. Und sie macht eines möglich: Einen verschwenderischen Umgang mit der Zeit. Damit allein ist schon sehr viel gewonnen.

In der Mitte: das Kind

Fast alle reden davon. Und reden sie schön und gut – unsere Schulen. Mit Reden allein ist aber noch nichts getan. Was die Kinder von uns erwarten: Dass wir uns für sie interessieren. Nicht bloss ein wenig. Sondern brennend und anhaltend und sehr ernsthaft. Wenn wir damit einmal ernst machen, wird sie erst, die Schule für das Kind Tag für Tag neu.

Impulsreferat mit Austausch

Schule als «Kraftort» – Umbau im Herzen

Anhand von Unterrichtsbeispielen soll deutlich gemacht werden, wie Schule «unter die Haut» geht. Kinder sollen in der Schule rundum genährt werden. «Brot anstatt Steine» wäre die erstrebenswerte Devise. Pestalozzis Forderung nach «Menschenbildung» (anstatt Wissensvermittlung) ist aktueller denn je. Wie im Unterrichtsalltag umsetzen?

Was ist der Mensch? Das Kind: Ein kleiner Erwachsener? Beileibe nicht. Was denn?

Gemeinsam wollen wir uns dahingehend auf den Weg machen.

Referent: Daniel Wirz

Inhalt: Schule als Ort der Begegnung. Was über den Wert oder den Unwert der Schule von morgen entschieden wird, ist die Frage, inwieweit es gelingt, Beziehungskultur zu fördern. Die Beziehung der Lehrer und Eltern zu ihren Kindern steht im Vordergrund, aber auch die Beziehungen der Lehrerinnen und Lehrer untereinander. Nicht zu vernachlässigen sind Beziehung der Kinder untereinander. Wenn die Schule zum Übungsfeld wird, können ungeahnte Kraftquellen erschlossen werden. Ein Impulsreferat mit anschliessendem Austausch.

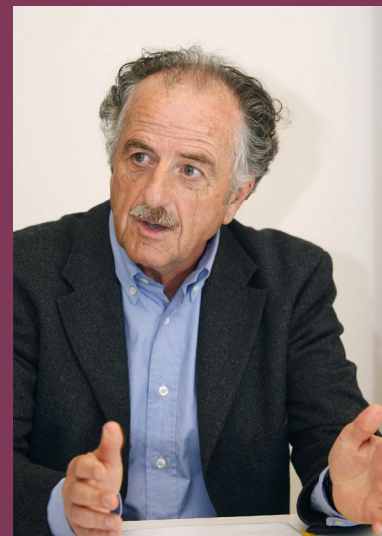
Kursort: TDS, Aarau (nähe Bahnhof)
Frey-Herosé-Strasse 9

Datum & Kosten: Mittwoch, 28. Mai 2025
Mitglieder Fr. 20.-
Nichtmitglieder Fr. 60.-
weiterbildung@lehrernetzwerk-schweiz.ch
www.lehrernetzwerk-schweiz.ch/
innere-schulreform

Anmeldung:



Teilnehmerzahl
beschränkt



Daniel Wirz, *1945, Vater von 5 Kindern, 20 Jahre als Lehrer (und Mitbegründer) an einer Rudolf Steiner-Schule tätig. Seit geraumer Zeit zudem als Erwachsenenbildner – landauf, landab – unterwegs.

Diverse Publikationen: «Wie Schule wird», «Erziehung – Beziehung», «Schule als Kraftort» u.a.m.

Bundesgericht schützt «schwachsinnige Maskentragpflicht» im Freien



Maskenfan Karl Lauterbach bezeichnete die Tragpflicht im Freien als «schwachsinnige Massnahme».

Montage: dw

Das Bundesgericht hat in diesen Monaten die Verurteilung eines aktiven Mitglieds des Lehrernetzwerks bestätigt, welches im Oktober 2020 an einer Demonstration auf dem Zürcher Helvetiaplatz teilnahm und einen Strafbefehl wegen Maskenvergehens erhielt.

Der Strafbefehl und die Busse sind nach Ansicht des Lehrernetzwerks Schweiz stossend, weil

- keine Rechtsgrundlage bestand und die Maskentragpflicht nirgendwo in Gesetzestexten auch nur entfernt erwähnt ist,
- ein gültiges Attest für andere Gründe gemäss der damals geltenden Covid-Verordnung vorhanden war,
- der Bundesrat in seinen Erläuterungen zur COVID-Verordnung im gleichen Zeitraum feststellte, dass auf eine strafrechtliche Verfolgung verzichtet werde.

158 Mitglieder des Lehrer-

netzwerks Schweiz haben die Beschwerde gegen das Kantonsgerichtsurteil ans Bundesgericht finanziell unterstützt. Im Februar, 34 Monate nachdem die letzten Massnahmen aufgehoben wurden, hat das Bundesgericht die Abweisung der Beschwerde zugestellt.

In dieser langen Zeitspanne wurden unzählige Dokumente öffentlich, die belegen, dass die Maskentragpflicht keinen Einfluss auf das Infektionsgeschehen hatte. Die Erkenntnisse zur geringen Wirksamkeit von Masken in Bezug auf die Virenübertragung stammen nicht etwa aus einer Verschwörungsküche, sondern sind beispielsweise durch die Aussagen des Chefvirologen der Uniklinik Bonn, Professor Hendrik Streeck, im Interview mit «Die Welt» belegt. Auch der deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach, bekannt für seine angstgetriebene und umstrittene Massnahmepolitik in Deutschland, hat seine Meinung zur Masken-

tragpflicht geändert. In einer Talkshow mit ZDF-Moderator Markus Lanz bezeichnete er das von der Justiz sanktionierte Maskentragen im Freien als «schwachsinnig».

Auf solche Belege und Dokumentationen ist das Bundesgericht bei der Beurteilung der Verhältnismässigkeit der ausgestellten Busse und des Strafbefehls zur Maskenpflicht gar nicht eingetreten. «Es handle sich um echte Noven, die im Verfahren vor Bundesgericht nicht berücksichtigt werden können», argumentierten die Richter. Sie beriefen sich vielmehr auf bereits erlassene Einschätzungen zur Verhältnismässigkeit der Massnahmen, ohne die neuen Erkenntnisse bewerten zu wollen. Und weil es sich bei der damaligen Maskenpflicht um ein temporäres «Zeitgesetz» handle, könne sich der Beschwerdeführer auch nicht auf ein späteres, milderes Recht (Suspendierung und Aufhebung der Tragpflicht) berufen. Mit anderen Worten: Das Bundesgericht hat in letzter Instanz eine Massnahme geschützt, die sogar der deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach am Fernsehen in aller Öffentlichkeit als «schwachsinnig» taxiert hat. Das Urteil ist rechtskräftig.

Trotz dieses Urteils lassen wir uns nicht entmutigen. Wir stehen weiterhin entschlossen an der Seite unserer Mitglieder und setzen uns mit aller Kraft für Gerechtigkeit ein. Wenn euch Unrecht widerfährt, könnt ihr auf unsere Unterstützung zählen! (dw)

«Die Schule muss von pädagogischen Irrwegen wegkommen»

Die vierfache Mutter, Nicole Burger, brachte als Staatsanwältin 17 Jahre lang Verbrecher vor Gericht. Seit Januar ist sie als neu gewählte SVP-Grossrätin mit Schwerpunkt Bildung im Aargauer Kantonsrat tätig. Sie unterstützt die Mitglieder des Lehrernetzwerk Schweiz in rechtlichen Fragen.

Nicole Burger, 17 Jahre Staatsanwältin ist eine lange Zeit. Welche Fälle haben dich geprägt?

Nicole Burger: Es ist schwierig, einzelne Fälle zu benennen. Vielleicht dies: Ich musste nicht nur bei Verbrechen ausrücken, sondern auch bei den sogenannten aussergewöhnlichen Todesfällen. Da kommt man als Beamtin in die Wohnung der leidbetroffenen Angehörigen und muss mit den Untersuchungen starten. Das erfordert viel Fingerspitzengefühl. Ich habe gelernt, mit dem Thema Tod umzugehen. Fingerspitzengefühl und ein strategisches Handeln brauchte es auch, als ich einen Bauern auf die Anklagebank brachte, der auf seinem Feld eine Rote Wildschweine totgefahren hatte. Das erregte grosse mediale Aufmerksamkeit und war ermittlungstechnisch anspruchsvoll.

Musstest du Fälle bearbeiten, in denen du im Strafrecht mit dem Thema Bildung in Berührung gekommen bist?

Ja, Fälle, in denen es um Kindesmissbrauch gegangen ist. Da musste die Staatsanwaltschaft auch das schulische Umfeld berücksichtigen. Ich erinnere mich an einen Fall, wo ein Vater physisch gewalttätig war – er schlug seine Tochter. Dann wurden sogleich alle Kinder fremdplatziert. Es musste abgeklärt werden, auf welche Schule sie



Nicole Burger: Familienfrau, Juristin, Grossrätin (SVP, AG)

Bild: dw

gehen und wo sie eine Lehre antreten könnten.

Hast du Erkenntnisse aus den Fallbearbeitungen gewonnen?

Damals hatte ich noch keine Kinder. Vermutlich hätte ich diesen Fall anders angepackt, wenn ich schon Mutter gewesen wäre. Heute, mit der Erfahrung als Mama, kann ich viel besser nachvollziehen, wie einschneidend es für Eltern sein muss, wenn ihnen die Kinder weggenommen werden. Bei allem Leid, das die Eltern selbst verursacht hatten, würde ich mich heute stärker mit deren Perspektiven beschäftigen – was aber nicht bedeutet, dass ich den Fall anders beurteilen würde.

Du bist seit Januar Grossrätin im Kanton Aargau und musst wegen der Unvereinbarkeit der Ämter den Job als Staatsanwältin aufgeben. Ist

dir das leicht gefallen?

Jein. In den vergangenen Jahren habe ich viele interessante Menschen kennengelernt. Ich werde auch den gesamten Justizbetrieb – insbesondere das Auftreten vor Gericht – vermissen. Doch nach 17 Jahren scheint mir der Zeitpunkt für einen Wechsel richtig. Im Dezember, nachdem ich gewählt wurde, reichte ich die Kündigung ein. Es fiel mir leicht, und ich freute mich auf die neue Aufgabe als Grossrätin. Parallel werde ich als Rechtsanwältin tätig sein und setze mich beim Lehrernetzwerk Schweiz ein. Ich erhalte also ein breites Aufgabenfeld.

Du bist seit acht Jahren im Kreisschulrat, jetzt wirst du im Parlament das Augenmerk auf die Bildung richten. Wie sieht für dich eine gute Schule aus?

Das ist keine einfache Frage... Von einer guten Schule sind wir dank der vielen engagierten

Lehrerinnen und Lehrer nicht weit weg. Kürzlich hatte ich die Gelegenheit, unsere Schule am Besuchstag zu besuchen und in den Schulbetrieb hineinzuschauen. Ich erlebte eine sehr angenehme Atmosphäre, eine entspannte Stimmung. Davon lebt unsere Schule, davon zehren unsere Kinder! In diesem Moment der Unbeschwertheit traten alle Unzulänglichkeiten an den Schulen in den Hintergrund.

Woran denkst Du bei den Unzulänglichkeiten?

An die schwierige Integrations-thematik, die Gleichmacherei. Ich glaube, die Schule muss von den pädagogischen Irrwegen wieder wegkommen. Aber nochmals: Wir sind von einer guten Schule gar nicht weit entfernt.

Du hast «pädagogische Irrwege» erwähnt. Was meinst Du konkret?

Das brennendste Thema derzeit ist die Integration der schwierigen und der fremdsprachigen Schüler. Sie überlastet das Schulsystem. Es ist unbestritten, dass schwache Kinder mitgenommen werden – also integriert werden müssen. Aber wir haben uns auch einzugestehen, dass die Ressourcen nicht vorhanden sind, um die Integration aller erfolgreich umzusetzen. Würden wir die Integration so umsetzen, wie sie es die Bildungspädagogen vorgesehen haben, bräuchte es eine Eins-zu-eins-Betreuung. Dieses Geld ist nicht vorhanden. Darum müssen wir uns überlegen, wo die Grenzen der Integration sind und wo es eine Kleinklasse oder eine Förderungsklasse braucht. Zu viele Kinder werden in der Regelklasse geschult. Das ist eine Hypothek für die Lehrer und die «Schuelgschpänli», die ausgebremst werden.

Beschäftigen dich noch andere Themen?

Ja, mich dünkt, dass zahlreiche Schulen ideologiegetrieben sind. Das zeigen die zahlreichen Rückmeldungen, die das Lehrernetzwerk Schweiz erhalten hat und die mich auch als Juristin beschäftigen: Da wird Sexualkundeunterricht angeboten, der nicht mehr den Wertvorstellungen der Eltern entspricht. Man spürt, dass die Bildungspolitik links-ideologisch und von einer Woke-Kultur geprägt ist, welche an der Schule nichts verloren hat. Ich sehe es nicht als Aufgabe der Schule, meinen Kindern beizubringen, dass es unzählige Geschlechter gibt, die biologisch nicht existieren. Da wünsche ich mir eine Schule, die sich auf die naturwissenschaftlichen Fakten abstützt und einen Unterricht, der das Queer- und Transsein unserer Kinder nicht fördert.

Lehrernetzwerk an allen Fronten aktiv

Kampagnen: Unter dem Motto «Bei uns sind Teenager 1. Klasse» hat das Lehrernetzwerk Schweiz die von den SBB verhängten Bussen gegen Mädchen übernommen, die für einen Moment ins Foyer eines 1.-Klasse-Wagens ausgewichen waren, weil der Zug völlig überfüllt war. Die Aktion hat das Lehrernetzwerk schweizweit bekannt gemacht. Auch die Tages-schau von SRF berichtete darüber.

Workshop: Im Januar trafen sich rund 15 Menschen aus unserem

Netzwerk zum Anlass «Innere Schulreform». Das Ziel: Ein wertvoller Austausch – wie das Fachwissen aus unserem Netzwerk für unsere Mitglieder gewinn-

bringend sicht- und nutzbar gemacht werden kann. Eingeladen hat Daniel

Wirz, unterstützt durch Vorstandsmitglied Christof Wittwer. In angenehmer Atmosphäre konnten im Hotel Olten neue Kontakte geknüpft werden.

Spendenaufwurf: Wir konnten für die Lehrerin Regula, die krankheitsbedingt in finanzielle Not geriet, 9000 Franken sammeln. Der Grund: Der Lohn einer Stellvertreterin ist im Kanton Aargau nicht versichert. Die Medien berichteten darüber.

Verteilaktion: Mitglieder des Lehrernetzwerkes haben an diversen Pädagogischen Hochschulen in der Schweiz mit Studenten Kontakt geknüpft und unser Angebot bekannt gemacht. Verteilt wurde unser Positionspapier und unsere neue Zeitung «Fokus».

Politische Unterstützung: Am WHO-Symposium des Aktionsbündnisses freie Schweiz haben wir uns für die



freie Meinungsäusserung und gegen die Einschränkung von Grundrechten an Schulen eingesetzt.

Regiogruppen: Während der Corona-Zeit hat das Lehrernetzwerk die Regiogruppen ins Leben gerufen, damit sich die Mitglieder in deiner Region optimal vernetzen und über schulische Angelegenheiten austauschen können. Nach der Corona-Pandemie ist es in den meisten Regiogruppen ruhiger geworden. Das ändert sich nun wieder: Wir lassen die Regiogruppen wieder aufleben. Es soll eine zentrale Kraft entstehen, bei der regionale Missstände an Schulen oder in einzelnen Kantonen angesprochen, kritisiert und angegangen werden.



Warum nicht?

Wir beschwören damit Probleme herauf, wo keine sind. Das erlebe ich auch als Mutter. Es gibt in unserer Familie Momente, wo eine Tochter lieber ein Bub sein will. Ich nehme das dann mal zur Kenntnis, messe dem ganzen aber keine riesige Bedeutung zu. Würde ich dies tun und sie sogar animieren, sich einen Bubennamen zuzulegen oder Bubenkleider zu tragen, provoziere ich geradezu, dass sich mein Kind im eigenen Geschlecht nicht wohl fühlt. Das bedeutet nicht, dass es nicht solche Fälle gibt, aber es kann sich in vielen harmlosen Konstellationen zum Drama entwickeln und das ist nicht nötig. Schon im nächsten Moment hat sich meine Tochter wieder ins Prinzessinnenkleid gestürzt, als wäre Gender nie ein Thema gewesen. Heute werden aber schon im Teenageralter mit Hormonbehandlungen und Operationen Schäden verursacht, die nicht mehr umkehrbar sind. Der Sexualkunde-Unterricht ist zum drängenden Problem geworden; den Primarschülern wird bizarrer Stoff vermittelt. Die Transgender-Lobbyorganisationen, wie die Milchjugend, sind jetzt an den Schulen. Und nicht selten kommen die Kinder verstört nach Hause, weil ihnen kein altersgerechter Stoff mehr vermittelt wird. Mit meinem Kollegen Martin von der EDU habe ich darum zwei Vorstösse im Kantonsrat eingereicht.

Zurück zur ideologischen Schule: Im Kanton Aargau haben Gymnasiasten ungefähr vor zwei Jahren herausgefunden, dass die Schulen einen «Linksdrall» haben. Das Thema scheint eingeschlafen zu sein?

Der Linksdrall ist wohl nicht nur das Problem der Schulen des Kantons Aargaus. In der ganzen Schweiz sind die Lehrer tendenziell eher links. Das stört mich grundsätzlich nicht. Aber die Haltung darf nicht als politisches Diktat in den Unterricht

«Das brennendste Thema ist die Integration der schwierigen und fremdsprachigen Schüler. Sie überlastet das System».

einfließen und vor allem nicht dazu führen, dass Andersdenkende sich nicht mehr getrauen, sich zu äussern. Das ist das wahre Problem, das die Schüler ans Tageslicht brachten.

Welche Arbeiten, welche Fälle siehst du auf dich zukommen – jetzt, wo du auch für das Lehrernetzwerk Schweiz arbeitest und Lehrer wie Eltern juristisch beraten wirst?

Erfahrungsgemäss – ich habe ja schon einige Fälle für das Lehrernetzwerk betreut – kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Eltern und Lehrern sowie Lehrern und ihren Vorgesetzten. Jüngst musste ich eine Lehrerin beraten, die ihre Kinder im Homeschooling unterrichten wollte. Mit formalistisch überspitzter Auslegung der Bestimmungen wollten ihr die Kantonsbehörden das Homeschooling nicht erlauben.

Wenn Eltern gegen Lehrer sind, dann stellen sich Schulleitungen beispielsweise reflexartig hinter den Lehrer. Wem wirst du tendenziell Recht geben – den Eltern oder den Lehrern?

Man muss zwischen dem Aussen- und dem Innenverhältnis unterscheiden. Ich höre mir natürlich beide Seiten an und bilde

mir eine Meinung. Da bin ich völlig ergebnisoffen. Anschliessend werde ich meinem Klienten mitteilen, was meine Einschätzung ist. Ich zeige ihm auch Chancen und Risiken auf, so dass er sich für eine Strategie entscheiden kann. Im Aussenverhältnis, das heisst, wenn ich als Anwältin mandatiert bin, ist für mich jedoch klar, dass ich zu 100 Prozent die Position meines Klienten vertere.

Nun gibt es Anwälte, die man gerne mandatiert, um eine harte Position durchboxen zu können und Anwälte, die den Verhandlungsweg bevorzugen. Auf der Skala «Mediation zu Eskalation» – wo positionierst du dich als Anwältin?

Haha, eine gute Frage. Als Anwalt muss man beides können: im richtigen Moment eskalieren sowie im richtigen Moment mediativ tätig sein. Ich hoffe, dass mir das gelingt und ich nicht einfach nur als Pitbull oder nur als Pudel wahrgenommen werde.

Interview: Daniel Wahl

Vielen Dank für deine Unterstützung!

Trotz guten Konditionen unserer Anwälte ist Rechtsberatung ein teures Unterfangen. Mit deiner Spende kann das Lehrernetzwerk seinen Mitgliedern unkompliziert und grosszügig weiterhelfen. Vielen Dank, dass du uns weiterhin unterstützt. Es sind auch zweckgebundene Spenden möglich, bitte mit dem Vermerk: «Rechtshilfe».

CH 48 80 80 8003 9417 3838 2
Herzlichen Dank!



Verstörender Sexualkundeunterricht

Wir fordern altersgerechte Aufklärung

Im Wochentakt erreichen das Lehrernetzwerk Schweiz Meldungen besorgter Eltern. Sie berichten, wie ihre zehn- und elfjährigen Kinder verstört nach Hause kämen, weil sie nicht altersgerecht an den Schulen «aufgeklärt» werden. Ein paar Beispiele.

An der Primarschule in Wald ZH machten zwei Frauen aus der LGBT-Gemeinschaft im Namen der Organisation «Achtung Liebe» den leichtgläubigen Kindern gegenüber explizit pornografische Aussagen. An ihrem Workshop animierten sie die Kinder, Holzpenissen Kondome überzuziehen.

In einer weiteren Aargauer Gemeinde wollten die Jugendarbeiter den Mädchentreff für Junge öffnen, die sich als Mädchen fühlen. Der geschützte Rahmen für Mädchen wäre einfach preisgegeben worden, hätte eine Gemeindepolitikerin nicht mutig interveniert.

An einer ländlichen Schule im Kanton Aargau beauftragten die Mitarbeiter von «Sexuelle Gesundheit Aargau» (segas) die Kinder, im Dorf Kondome einkaufen zu gehen. Die «Nicht-Pädagogen» glaubten auch, sie müssten den Zehn- und Elfjährigen den genauen Umgang mit Verhütungsmitteln erklären – Pillen und Kondome gehörten gewissermassen an die Primarschule. Während dieses Unterrichts durften die Lehrer nicht im Raum anwesend sein, mussten aber danach in einberufenen Fragestunden die Aufräumarbeit machen; Eltern berichteten dem Lehrernetzwerk, dass die Kinder verstört waren.

Mit dem Hinweis, dass solcher Unterricht nicht mit dem Lehrplan 21 zu vereinbaren ist, dass dieser Unterricht ebensowenig



Stoppt den Übergriff auf die Seele der Kinder. Bild: Freepik

altersgerecht ist, intervenierte das Lehrernetzwerk in der betreffenden Gemeinde. Daraufhin korrigierte die Schule die Lernziele des Unterrichts. Immerhin.

Der Vorgang zeigt: Handeln ist besser, als die Faust im Sack zu machen, Intervention lohnt sich. Wir wollen es dabei nicht belassen und den Lehrerinnen und Lehrern bessere Ansätze für einen einfühlsamen und faktenbasierten Sexualkundeunterricht anbieten. Unterstützen Sie uns dabei, beispielsweise mit einer Spende oder der Teilnahme am Workshop. Danke. (dw)

Workshop:

Wie können wir als Lehrer und als Schulen einfühlsam und faktenbasiert mit Geschlechtsverunsicherung umgehen, statt den Trans-Hype bei Minderjährigen zu fördern? Diese Frage bildet den Fokus der Weiterbildung mit Dagmar Kieninger. Magister Kieninger ist erfahrene Lehrerin und ESSP®-Pädagogin. Sie hat sich intensiv mit den Entwicklungen rund um Geschlechtsidentität auseinandergesetzt.

Thema: «Diversität in Bezug auf Geschlecht – alternative Ansätze»

- Nachvollziehen der Entstehung der Geschlechtsidentität vom frühkindlichen bis zum Jugendalter.
- Differenzierung zwischen normaler Entwicklung und behandlungsbedürftigen Zuständen.
- Entwicklung eines einfühlsamen Umgangs unter Berücksichtigung rechtlicher, medizinischer u. sozialer Aspekte.
- Entwicklung praxisorientierter Leitlinien für Schule und Homeschooling.

Ort: Am Samstag, 17. Mai 2025, von 09.00 bis 16.30 Uhr
Bistro Inklusive in Aarau, Nähe Bahnhof
keine Kurskosten, Anmeldung bis spätestens Osterdienstag.

Ablauf: Vormittag: Schulung und Impulse, gemeinsames Mittagessen, Nachmittag: Ausarbeitung von Leitfäden und Unterrichtseinheiten in Arbeitsgruppen.



Das selektive Eigenleben der Lehrerverbände

Die Lehrerverbände wissen angeblich, was für die Schule gut ist. Sie meckern über Referenten. Sie verteidigen die integrative Schule und lassen sich dann im Namen aller Lehrer vernehmen. Aber Basisbefragungen führen sie kaum durch und unerwünschte Resultate halten sie unter Verschluss. Was ist los?

Obwohl sich der Wind längst gedreht hat, verteidigen die Lehrerverbände das integrative Schulmodell durch alle Böden hindurch – während es viele Pädagogen und Politiker inzwischen als gescheitert betrachten. In Basel sind Förderklassen angestossen worden, weil Lehrer wieder «klar für Kleinklassen» sind, in Luzern verlangt die SP eine Prüfung des Systems. In Zürich fordert das Kantonsparlament mit 92 zu 76 Stimmen eine Rückkehr zu den Förderklassen. Regierungsrätin Silvia Steiner (Die Mitte) muss jetzt eine Gesetzesänderung oder konkrete Massnahmen vorschlagen – ein Entscheid mit Signalwirkung.

Umdenken setzt ein

Die Trendwende in den Kantonen zeigt zunächst: Die Kritik am integrativen Schulmodell, wie sie auch im Positionspapier des Lehrernetzwerkes Schweiz verankert ist, findet langsam Gehör, und die Folgen der integrativen Schule sind unübersehbar geworden.

Indessen ist auch die Einführung von zwei Fremdsprachenfächern an den Primarschulen unter Druck geraten. Obwohl

im Lehrplan 21 verankert, hat nun der Appenzeller Kantonsrat den Regierungsrat beauftragt, Frühfranzösisch an den Primarschulen zu begraben. Der Erfolg sei zu bescheiden gewesen. Das gibt Raum, die unter die Räder gekommenen Fächer Deutsch und Mathematik zu stärken.

Nachteile für Regelschüler

Aber eine Gruppe steuert mit verlässlicher Sicherheit dagegen: die Lehrerverbände. Nachdem das Zürcher Parlament gegen das integrative Schulmodell abgestimmt hatte, fühlte sich Lena Fleisch, Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands, zur Mitteilung berufen, dass «viele Kinder in den Regelklassen benachteiligt würden», sollten Förderklassen geschaffen werden. Die Nachteile des integrativen Schulmodells für die Regelschüler klammerte sie gekonnt aus. Ihr Auftritt im Schweizer Fernsehen vermittelte, dass die Lehrer generell am integrativen Schulmodell festhalten würden.

Derselbe Vorgang war auch im Kanton Nidwalden zu beobachten, als Bildungsdirektor Res Schmid in einem vielbeachteten Interview in der «NZZ» erklärte: «Die integrative Schule verliert ihren Sinn, wenn das Niveau und die Qualität der Regelklasse wegen der Integration sinken.» Diese Einschätzungen des Bildungsdirektors passten Tanja Murer, Co-Präsidentin des Nidwaldner Lehrerverbands und Barbara Ming, Präsidentin des Verbands der Schulleitungen Nidwaldens nicht. Sie kommen-

Lehrer in Nidwalden kritisieren Bildungsdirektor

Res Schmid forderte in einem Interview die Abkehr von der integrativen Schule – die Pädagogen sehen das ganz anders



Verbandsmeiereien. Lena Fleisch, Tanja Murer, Beat Schwendimann.

tierten Res Schmid's Aussagen «mit Befremden» und unterstellten ihm, er würde auf Kosten der Schüler ideologische Grabenkämpfe lancieren. Die Nidwaldner Zeitung titelte: «Lehrerschaft widerspricht Res Schmid.»

Geteilte Lehrerschaft

Die Lehrerschaft? Sicher nicht. Dem Lehrernetzwerk liegen zahlreiche Schreiben vor, in denen die Lehrer auf Distanz zu ihrem Verband gehen und ihrem Regierungsrat für die klaren Worte danken. Unter anderem schrieb ein Lehrer: «Was sich der LVN leistet, beziehungsweise durch dessen Exponenten verlauten lässt, ist wohl sehr gesucht und entspricht kaum der Meinung der Gesamtlehrerschaft Nidwaldens.» Ein Lehrer informierte Res Schmid, die Reaktion des Verbands sei ganz und gar nicht in seinem Sinne verfasst, auch nicht im Sinne seines Kollegiums – und wohl kaum im Sinne der gesamten Lehrerschaft, wie der Zeitungsbeitrag suggeriere. Er werde aus dem Verband austreten. Unbestritten ist, dass die integrative

Fortsetzung auf der letzten Seite

Schule eine der Hauptursachen dafür ist, dass das Bildungssystem an seine Grenzen geraten ist. Aber von den Lehrerverbänden wird dieses Thema konsequent ausgeklammert.

Wie selektiv die Verbände sind, ist schon fast bewundernswert. Beat A. Schwendimann, Leiter Pädagogik beim Lehrerdachverband LCH, legt ein Studie zum «Linksdrall» an den Aargauer Schulen nach seinem Gusto aus. Die Studie habe ergeben, dass eine Mehrheit sich an der Kantonsschule ideologisch nicht beeinflusst sehe, sagte er gegenüber dem Onlineportal «Nau». Die Mehrheit ist für Schwendimann ein Beleg dafür, dass kein Handlungsbedarf gegen ideologischen Unterricht bestehe. Was ist aber mit der beträchtlichen Minderheit, die sich doch ideologisch beeinflusst fühlt? Nebenbei kritisierte der Mann auch die Zusammensetzung der Referenten an der Mitgliederversammlung des Lehrernetzwerks Schweiz.

Nähe und Ideologie

Die «Starke Schule beider Basel» lanciert jährlich mehrere Umfragen, um den Puls der Lehrerschaft zu erkunden. Ihr Gründer, Jürg Wiedemann, gibt drei Gründe an, weshalb die Lehrerverbände ihren eigenen Kurs fahren: Die Präsidenten haben eine zu grosse Nähe zu den Bildungsverwaltungen, sie haben viele Fehlreformen unterstützt und verteidigen ihre Entscheidungen. Schliesslich ist die Verbandsmeinung in den seltensten Fällen demokratisch abgestützt. «Man führt keine Basisbefragungen durch», sagt Wiedemann.

Die einseitige Positionierung seines Verbands rüffelte auch

ein Sekundarlehrer aus dem Oberaargau, Mitglied von Bildung Bern, auf dem Blog «condorcet.ch». Er habe im letzten Jahr an der LCH-Berufszufriedenheitsstudie teilgenommen. Als er die Auswertung las, habe er festgestellt, dass ein wesentlicher Teil der Befragungsthemen fehlte, nämlich der zur «Schulischen Selektion» – auf der Homepage des LCH kein

Wort, auch in den Zeitungsartikeln war nichts darüber zu lesen. Von einem Insider habe er erfahren, dass die Ergebnisse vom LCH unter Verschluss gehalten wurden, weil deren Ergebnisse nicht gefallen haben.

Das Lehrernetzwerk Schweiz ist überzeugt: Nur Offenheit und gelebte Vielfalt bringen Bildung voran.(dw)



Hilf mit, unseren Kindern eine unbeschwerte und ideologiefreie Schulzeit zu ermöglichen.

Wir setzen uns mutig ein für eine gesunde und menschenfreundliche Bildung – in jeder Hinsicht.

Da wir unsere Arbeit ohne finanzielle Mittel nicht ausführen können, sind wir auf Spenden und eure Hilfe angewiesen. Wir danken dir für deine wertvolle und treue Unterstützung.

Unsere Bankverbindung:

Lehrernetzwerk Schweiz, 5000 Aarau

IBAN: CH 48 80 80 8003 9417 3838 2

Jetzt mit TWINT spenden:

